

DAS ONLINE-SUPPLEMENT DES FORSCHUNGSJOURNALS

FORSCHUNGSJOURNAL SOZIALE BEWEGUNGEN 31. JG. 1-2 | 2018

30 Jahre Forschungsjournal Soziale Bewegungen: Ein Überblick über zentrale Diskurse

Ansgar Klein/Jupp Legrand/Jan Rohwerder/Jochen Roose

Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen/ Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen (seit 1988), 2011 fortgeführt als Forschungsjournal Soziale Bewegungen. Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft

Die Zeitschrift wurde 1988 von Thomas Leif, Hans-Josef Legrand und Ansgar Klein zunächst noch (in Zusammenarbeit mit Ulrike Wasmuth, Thomas Herrmann und Helmut Zander) begründet und wird ab 2018 von Ansgar Klein, Hans-Josef Legrand, Thomas Leif (+), Jan Rohwerder und Jochen Roose herausgegeben.

Verlagsstationen: Selbstverlag Bonn 1988-1899; Schüren-Presserverlag Marburg 1990-1993; Westdeutscher Verlag Opladen 1994-1999; Lucius & Lucius, Stuttgart 2000-2015; De Gruyter, Berlin ab 2016).

Inhaltliches Profil:

Das Augenmerk der Zeitschrift gilt der ganzen Breite der Akteurskonstellationen sowie den Konfliktfeldern von Bewegungsakteuren, Verbänden und Parteien. Die Themen des bürgerschaftlichen Engagements werden ebenso zentral behandelt. Im interdisziplinären Austausch wird die Gesellschaft von der weichen Seite des institutionellen Wandels beleuchtet. Bezüge zum weiteren Feld sozialer Bewegungen werden bewusst gesucht. Im Zentrum des Programms stehen empirische wie theoretische Arbeiten der Zivilgesellschaftsforschung, vor allem aus der Bewegungsforschung, der politischen Soziologie und der Partizipationsforschung. Neben dem beabsichtigten Beitrag zur sozialwissenschaftlichen Forschung ist es Ziel der Zeitschrift, den Austausch zwischen Forschung und Politik, zwischen Bewegungen und Wissenschaft sowie zwischen Bewegungsaktivisten und politischer Praxis zu fördern und zu festigen. Konzipiert ist die Zeitschrift als offenes Diskussionsforum; hinzukommen ein ausführlicher Literaturteil, Forschungsberichte, Material- und Veranstaltungshinweise.

1| Der Gründungskontext des Forschungsjournals

Die neuen sozialen Bewegungen (NSB), so das Resümee von Dieter Rucht und Roland Roth im Handbuch „Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945“, stellten in den 1970er Jahren schon die Hälfte aller Proteste und in den 1980er Jahren sogar Dreiviertel (Rucht/Roth 2008: 649). Diese Dauerhaftigkeit und das Anwachsen der NSB lagen der Wahl des Zeitschriftentitels zugrunde. Die Gründung des „Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen“ (FJNSB) erfolgte auf Initiative von Ulrike Wasmuth, Helmut Zander und Jupp Legrand. Thomas Leif stieß 1987 dazu, Ansgar Klein und Thomas Hermann erst im ersten Jahr des Erscheinens. Die Gründung erfolgte aus einer „Ad-hoc-Gruppe“ zu Fragen der Bewegungsforschung im Rahmen der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft heraus, in der sich seit 1982 etwa 180 vor allem jüngere WissenschaftlerInnen unter dem Eindruck der herausragenden Bedeutung der NSB vernetzt hatten.

Um den Zugang zur Zeitschriftenarbeit offen gestalten zu können, wurde als Herausgeber eine „Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen“ ohne eigene Formalstruktur genannt – ein deutliches Signal an die Ad-hoc-Gruppe der DVPW zur Mitwirkung und Inklusion. Die genannten 6 Personen fungierten als „Redaktion“ der Gründungsphase. Bereits mit dem vierten Heft des 1. Jahrgangs zogen sich drei Mitglieder der GründungscREW zurück. Ansgar Klein, Hans-Josef Legrand und Thomas Leif – die seit 1994 auch offiziell als Herausgeber fungieren – führten die Redaktionsarbeit fort.

Später kamen Jan Rohwerder und seit 2018 Jochen Roose als Mitherausgeber hinzu.

Im Editorial des ersten Heftes, das im Eigenverlag produziert wurde, wurden als Argumente für die Zeitschriftengründung eine fehlende Plattform für die Bedarfe der aufwachsenden Bewegungsforschung und die Publikation entstehender Forschungsarbeiten sowie die Bedeutung der NSB als gesellschaftliche Emanzipationsbewegung angeführt. Schon bei der Gründung sollte das Forschungsjournal daher nicht nur ein Forum der Wissenschaft, sondern auch eine Plattform für politische Reflektionen darstellen.

Im Editorial des ersten Heftes vom Januar 1988 heißt es: „Ziel der Zeitschrift ist es, den Austausch zwischen Forschung und Politik, zwischen Bewegungen und Wissenschaft, zwischen Bewegungsaktivisten und ‚traditioneller politischer Praxis‘ sowie Reflexionen innerhalb dieser drei Bereiche zu initiieren, zu fördern und zu verstetigen. Das bedeutet eine Informationsbasis für alle Interessierten zu schaffen, Sensibilitäten für relevante Themen im politischen Prozess zu wecken sowie vorhandene Berührungspunkte abzubauen und Brücken zu schlagen. Gleichzeitig heißt dies für uns als Redaktion, aber auch für unsere Leserschaft, sich nicht ideologisch zu ‚verbunkern‘, sondern Offenheit zu zeigen, abweichende, sperrige Meinungen zu tolerieren und unbequeme Kritik zu ertragen. Die Vielschichtigkeit und Komplexität der neuen sozialen Bewegungen in Theorie und Praxis wird sich deshalb auch in der Auswahl der AutorInnen und ihren jeweiligen Zugangsweisen widerspiegeln – zugespitzt: von Wertkonservativen bis Graswurzelrevolutionären.“ (FJNSN, Jg.1, Heft 1: 5)¹

Das Forschungsjournal hat sich bereits früh mit thematischen Schwerpunkten befasst, die jenseits seiner eigenen Titelgebung liegen. Im Fokus (siehe unten) stand und steht, wie es Roland Roth ausgedrückt hat, die „Resonanz – bewegter – Themen in gesellschaftlichen Einrichtungen und politischen Institutionen“ (bereits Heft 4/88 beschäftigte sich mit dem Verhältnis von Parteien und sozialen Bewegungen mit dem provokativen Titel-Motto: „Langweiler aller Parteien, verschont uns!“).

Seitdem die Mobilisierungskonjunkturen der links-libertären neuen sozialen Bewegungen rückläufig sind, aber auch mit Blick auf die ganze Breite gesellschaftlicher Bewegungssektoren, in denen – wie die rechtspopulistischen Mobilisierungskonjunkturen der letzten Jahre deutlich machen – die Bewegungsfamilie der „neuen sozialen Bewegungen“ nur einen Teil darstellt, wurde daher die Kritik an einem verengten Titel der Zeitschrift immer öfter vorgetragen. Diese Kritik ist von der Sache her durchaus berechtigt. Allerdings haben wir den Titel jetzt allgemein – dem internationalen Fachdiskurs folgend – auf „soziale Bewegungen“ in der ganzen Breite des Erscheinungsbildes bezogen und zudem den uns leitenden Analysefokus der Zivilgesellschafts- und Demokratieforschung in einem neuen Untertitel zur Geltung gebracht.

Geblichen ist seit der Gründung der Zeitschrift auch das DIN A5-Format, zunächst mit etwa 70 Seiten, heute eher einem Umfang von 128 Seiten und oft sehr viel mehr, da die Zeitschrift zunehmend auch mit ausweiteten Themenschwerpunkten und zusätzlichen „Sonderschwerpunkten“ zu

arbeiten begonnen hat. Diese Formatentscheidung betont die Kombination aus systematischem Themenschwerpunkt und dem in den Rubriken aufscheinenden Journalcharakter. Es ging nicht um eine Konkurrenz zum akademischen Nachwuchsparcour von Politischer Vierteljahresschrift (PVS) oder Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS). Gewünscht sind im Forschungsjournal eher kürzere Analysen und Arbeitsberichte als umfassende, akademisch ausladende Texte.

Auch in der Umschlaggestaltung gibt es sichtbare Veränderungen. Während die ersten Jahrgänge noch deutlich von den bunten Angeboten der neuen sozialen Bewegungen geprägt waren, wird die Umschlaggestaltung monochromer und seriöser, um schließlich in den letzten Jahren bei einem honorig dunklen Anthrazit, nicht ohne themenspezifische Vignette, zu enden. Geblieben sind jedoch die Karikaturen von Gerhard Mester, die jeweils hintergründige Kommentare darstellen.

Auch die von den Herausgebern im ersten Erscheinungsjahr entwickelten verschiedenen Rubriken werden in der Regel bis heute bedient. Neben einem von der Redaktion bzw. Gastredaktionen vorgestellten *thematischen Schwerpunkt* mit mehreren Beiträgen gibt es vorab eine vom Themenschwerpunkt unabhängige *Aktuelle Analyse* und hinten im Heft dann den Rubrikteil. Er enthält ab 2018 eine Dauerrubrik des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung in Berlin (IPB), gefolgt vom *Puls-schlag*, in dem aktuelle Forschungsprojekte und Kommentare zu Journalbeiträgen versammelt sind. Es folgt *Bewegung in der Literatur* mit einer aktuellen Auswahlbiblio-

graphie und Zeitschriftenschau. Weggefallen sind über die Jahre Rubriken wie „Brandung“ und „Treibgut“ mit kürzeren Infos und Materialhinweisen. Dafür findet sich auf der Homepage des Forschungsjournals (www.forschungsjournal.de) mittlerweile ein systematisch ausgebautes, umfassendes Serviceangebot rund um die Zeitschrift mit ihren 30 Jahrgängen (alle Hefte, die älter als 5 Jahre sind, werden kostenfrei auf der Homepage zum Download angeboten; Autorenregister etc.) sowie die Online-Rubrik *FJSBplus*, die zusätzliche Originalveröffentlichung online anbietet.

Die Rubrikgliederung unterstreicht den Charakter der Zeitschrift als Arbeitsjournal für die Bewegungsforschung und die Bewegungspraxis, für Aktive und Interessierte in anderen gesellschaftlichen Milieus. Die Erscheinungsweise als Vierteljahresschrift mit Themenschwerpunkt – oft in Kooperation mit GastherausgeberInnen – blieb über die Verlagswechsel hinweg erhalten.

2| Verlagsetappen

Eine Anschubfinanzierung in der Gründungsphase der Zeitschrift erfolgte durch einen zinslosen Kredit des „Ökofonds“ der GRÜNEN aus NRW von 5.000 DM, den die Redaktion später vollständig zurückgezahlt hat.

Nach den ersten Jahren 1988-1989 im Eigenverlag, der zusätzlich erhebliche Verwaltungsarbeiten und technische Arbeiten für die Redaktion bedeutete (von der Adresspflege und dem postalischen Versand bis zum Layout im Vorcomputer-Zeitalter), ging das Forschungsjournal eine Kooperation mit dem Marburger SP-Verlag (später Schüren-Verlag) ein, die 3

Jahre lang Bestand hatte. Mit Beginn des Jahrgangs 1994 begann eine Kooperation des Forschungsjournals mit dem in den Sozialwissenschaften renommierten Westdeutschen Verlag. Bis ins Jahr 1999 erschien die Zeitschrift dort. Eine geplante erhebliche Erhöhung des Abonnementpreises beim Westdeutschen Verlag bewog Herausgeber und Redaktion schließlich zu einem erneuten Verlagswechsel, da es gemeinsames Ziel war, den Verkaufspreis des Forschungsjournals so leserInnenfreundlich wie möglich zu gestalten.

Seit 2000 erschien das Forschungsjournal im Stuttgarter Verlag Lucius & Lucius. Der Verlag wurde 1996 in Übernahme des wirtschaftswissenschaftlichen Programms vom Gustav Fischer Verlag begründet. Seine Schwerpunkte lagen zunächst im Bereich der Wirtschaftswissenschaften. Mit der Übernahme des sozialwissenschaftlichen Programms vom F. Enke Verlag 1999 und von fünf sozialwissenschaftlichen Zeitschriften zum Jahresbeginn 2000 – darunter auch dem Forschungsjournal – bekam der Verlag ein sozialwissenschaftliches Profil.

Das Forschungsjournal erschien dort zusammen mit 14 weiteren sozialwissenschaftlichen Zeitschriften, darunter u.a. „Analyse & Kritik“, „Feministische Studien“, „Soziale Systeme“, die „Zeitschrift für Sozialreform“ oder die „Zeitschrift für Soziologie“. Zwar ist auch das Forschungsjournal vom Abbonementrückgang im Zeitschriftenbereich keineswegs verschont worden, doch gelang es immer wieder, durch Kontingentverkäufe einzelner Themenhefte die verlaglichen Einnahmen insgesamt im schwarzen Bereich zu halten.

Durch Verkauf der gesamten Bestände des Verlags Lucius & Lucius kam das Forschungsjournal im Jahr 2016 zum Berliner Verlag de Gruyter.

3| Zeitschriftenarbeit als Engagement: Entwicklungen der Redaktion im Überblick

Herausgeberschaft wie auch die gesamte Redaktionsarbeit des Forschungsjournals und auch einzelne Teile der Herstellung basieren auf dem Faktor „Engagement“. Vor dem Hintergrund einer weitgehend bis heute ausgebliebenen Institutionalisierung der sozialen Bewegungsforschung im deutschen Wissenschaftsbetrieb und der von Redaktion und Herausgebern gewählten publizistischen Grundaufstellung im Zwischenraum von Wissenschaft und Praxis gab und gibt es für die Zeitschrift keinerlei institutionelle Anbindung und finanzielle Unterstützung, wenn sich auch in den 30 Jahren der redaktionellen Arbeit ein dichtes, noch zu beschreibendes Netzwerk von Kooperationspartnern herausgebildet hat.

Um gleichwohl die gesetzten Ziele zu erreichen, war das Forschungsjournal daher angewiesen auf eine ausschließlich ehrenamtliche Arbeit, auf wechselnde Themenheftfinanzierung durch Mittel von Partnern und auf Verlagszuweisungen aus dem Abonnementerlös zur Deckung der Satz- und Redaktionskosten. Gelegentliche Kofinanzierung einzelner Hefte und Tagungen gelingen immer wieder auch durch Abnahme von vergünstigten Heftkontingenten im Vorfeld des Erscheinens. So konnte und kann aber im Gegenzug jegliche institutionelle Abhängigkeit vermieden werden.

So ist über die Jahre ein Netzwerk fachlich interessierter Unterstützer-Organisationen entstanden. Zu diesen gehören u.a. die Friedrich Ebert Stiftung, die Heinrich Böll Stiftung, die Rosa Luxemburg Stiftung, die Otto Brenner Stiftung, die Hans Böckler Stiftung, die Bundeszentrale für politische Bildung oder die Stifterverband der deutschen Wissenschaft.

Was auf der einen Seite eine echte Herausforderung an die Redaktionsarbeit darstellt – die fehlenden Ressourcen für die Redaktionsarbeit, die auch durch einen Förderverein² nur teilweise kompensiert werden können –, war und ist auf der anderen Seite zugleich ein Vorteil und gab dem Forschungsjournal sein eigentümliches Gepräge.

Die Redaktionsarbeit bietet Interessierten die Möglichkeit der weitgehenden Mitwirkung und Partizipation, die Möglichkeit, eigene Ideen bis hin zu Themenheftkonzeptionen einzubringen. Die möglichen redaktionellen Spielräume sind nach wie vor das Hauptmotiv des engagierten Mitwirkens in der Redaktion.

Trotz einer durch die hohen Arbeitsanforderungen und biografische Entwicklungen gegebenen Fluktuation von MitarbeiterInnen hat sich im Kern der Redaktion eine oftmals vieljährige Bindung an die Redaktion eingestellt, auf die die Zeitschrift auch angewiesen ist, um ein professionelles Niveau zu halten und fortzuentwickeln. Ergänzt werden diese Kompetenzen durch Initiative und Engagement vieler jüngerer MitarbeiterInnen. Die Mischung der Kompetenzen und die in einem großen Team mögliche Arbeitsteilung, durch die sich die

Belastungen aufteilen, sind die Vorteile einer ehrenamtlichen Redaktionsarbeit, die freilich auch einen höheren und wachsenden Koordinationsaufwand zur Folge haben. Dies betrifft die Bedarfe an redaktioneller Koordination und technischer Unterstützung.

Für LeserInnen erklärt sich vor diesem Hintergrund die große Zahl der im aktuellen Impressum der Zeitschrift ausgewiesenen RedakteurInnen und redaktionellen MitarbeiterInnen. Bewährt hat sich darüber hinaus die enge Zusammenarbeit mit KollegInnen aus der Wissenschaft, die ihre Kompetenzen als GastherausgeberInnen (früher: externe RedakteurInnen) in die Heftkonzeption und -realisation einbringen.

Die engagementbasierte Unterstützung der Zeitschrift geht jedoch über die Redaktion hinaus. Seit Gründung ist mit Gerhard Mester einer der profiliertesten politischen Karikaturisten der Bundesrepublik der Zeitschrift eng verbunden. Die Redaktion kann auf seine mittlerweile weit über 10.000 Karikaturen umfassende Werk kostenlos (!) zurückgreifen. Die Gestaltung von Titeln, Flyern, Anzeigen oder Einladungen zu Veranstaltungen liegt seit vielen Jahren bei Nina Faber aus Wiesbaden – ihre hoch professionelle Arbeit stellt sie der Zeitschrift gegen geringes Honorar zur Verfügung. Volker Klemm von unserem Satzbüro com.plot in Mainz erbringt seine professionellen Leistungen zu Freundschaftspreisen, die uns niedrige Produktionskosten ermöglichen. Regina Vierkant betreut die Homepage der Zeitschrift und kooperiert mit der im Aufbau befindlichen Social Media-Redaktion.

An dieser Stelle können nicht alle gewürdigt werden, die seit den 1990er Jahren die Redaktionsarbeit des Forschungsjournals mit getragen haben und im Impressum der Zeitschrift aufgeführt sind. Neben den Herausgebern gehörten (mittlerweile ausgeschieden) zu den langjährigsten RedakteurInnen Dr. Ludger Klein, PD Dr. Kai-Uwe Hellmann, Michael Hasse, Irene Michels, Nele Böhme und Prof. Dr. Heike Walk.

4| Der Beirat

Der Beirat wird auf Einladung der Herausgeber von Repräsentanten aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik gebildet, die für die publizistische Arbeit und Wirkung der Zeitschrift von herausragender Bedeutung sind. Bereits im ersten Heft des Forschungsjournals waren dies Andreas Buro (†) (Mitbegründer der Ostermärsche/Friedensbewegung), Volkmar Deile (Christliche Friedensbewegung, später Generalsekretär von Amnesty International), Robert Jungk (†) (Zukunftsforschung, Friedens- und Ökologiebewegung), Peter von Oertzen (†) (SPD-Parteivorstand), Antje Vollmer (DIE GRÜNEN) und Ute Gerhard-Teuscher (Frauenforschung). Im Mai 1989 schied Peter von Oertzen aus dem Beirat aus; neu hinzu kamen Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD-Vorstand) und Karin Benz-Overhage (Vorstand der IG Metall).

1992 wurde der Beirat als Konsequenz aus der deutschen Einheit und der Bedeutung der Bürgerbewegungen um ostdeutsche RepräsentantInnen erweitert: Neu hinzu kamen Ulrike Poppe (Bürgerbewegungen), Wolfgang Thierse (SPD) und Vera Wollenberger (später: Vera Lengsfeld – sie gehörte bis Ende 1998 dem Beirat an und

schied auf Wunsch der Herausgeber aus). 1999 kamen als weitere Beiratsmitglieder Warnfried Dettling (Publizist) und Friedhelm Hengsbach (Christliche Gesellschaftsethik) hinzu. Eine Erweiterung fand der Beirat 2002 mit der Aufnahme um zwei der bedeutendsten Vertreter der sozialen Bewegungsforschung in Deutschland: Roland Roth und Dieter Rucht. Ulrike Poppe scheidet mit dem Jahr 2018 aus dem Beirat aus.

2018 besteht der Beirat aus folgenden Personen:

- Volkmar Deile
- Dr. Warnfried Dettling
- Prof. Dr. Ute Gerhard-Teuscher
- Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach
- Prof. Dr. Joachim Raschke
- Prof. Dr. Roland Roth
- Prof. Dr. Dieter Rucht
- Dr. hc. Wolfgang Thierse
- Dr. Antje Vollmer
- Detlef Wetzel
- Heidemarie Wieczorek-Zeul

Der Beirat vertritt zum einen auf einer repräsentativen Ebene für die Zeitschrift bedeutende wissenschaftliche, zivilgesellschaftliche und politische Bereiche, zu denen er bei Bedarf der Redaktion die Türen öffnet, Kontakte vermittelt oder aus denen er Impulse für die redaktionelle Arbeit gibt. Zum anderen sind Mitglieder des Beirats in der Zeitschrift selber oftmals mit Beiträgen engagiert.

5| Kooperationsnetzwerke

Von Beginn an war das Forschungsjournal ohne Einbettung in dichte Kooperationsnetze nicht vorstellbar. Schon die dargestellte Gründungssituation verdeutlicht die Bedeutung der sozialwissenschaftlichen Anbindung. Aus einer ad-hoc-Gruppe der DVPW heraus von engagierten Privatpersonen gegründet, hat das Forschungsjournal bis heute sehr enge Kooperationen mit dem längst formal aufgewerteten „Arbeitskreis soziale Bewegungen“ in der DVPW. Diese wissenschaftlichen Netze führten auch zu einer sehr engen Kooperation mit den Verbändeforschern in der DVPW und deren Arbeitskreis. In den halbjährlichen Berichten des DVPW-Rundbriefes wird bereits seit längerem aus beiden Arbeitskreisen gemeinsam berichtet und dabei auch die Arbeit des Forschungsjournals integriert.

An der Gründung des Berliner Instituts für Protest- und Bewegungsforschung (IPB) im Jahr 2012 waren auch einige Redaktionsmitglieder des Forschungsjournals beteiligt. Hier besteht eine enge Kooperation, die sich auch in den regelmäßig in Zusammenarbeit von FJSB, IPB, taz und Bewegungsstiftung in Berlin durchgeführten „Bewegungsgesprächen“ niederschlägt.

Eingebettet in die wissenschaftlichen Netze entstand bis zu seinem Ausscheiden aus Altersgründen eine enge Kooperation mit Dieter Rucht und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. In diesem Zusammenhang wurden – zusammen mit weiteren Partnern – mehrere große Wissenschaftskongresse konzipiert und umgesetzt, aus denen Themenhefte des Forschungsjournals, aber auch zahlreiche

eigenständige Buchpublikationen gespeist wurden. Von Anfang an veranstaltete das Forschungsjournal, oftmals auch in Kooperation mit dem AK Soziale Bewegungen der DVPW, wissenschaftliche Fachtagungen (siehe hierzu den Überblick zu Tagungen und bisherigen Jahrgängen in FJSBplus 1-2/2018).

Die Realisation dieser Tagungen war vor allem durch eine enge Kooperation mit und Unterstützung durch die Friedrich Ebert-Stiftung, die Heinrich Böll-Stiftung, die Hans Böckler-Stiftung, die Otto Brenner-Stiftung, die Stiftung MITARBEIT und die Bundeszentrale für politische Bildung möglich. Die 2002 gegründete Bewegungsstiftung hat das Forschungsjournal von Anfang an mit großer Sympathie begleitet.

In den 1990er Jahren konnte die Redaktion dem Bund-Verlag, der zu dieser Zeit den Aufbau einer anspruchsvollen politischen Buchreihe unternahm, folgenreiche Hinweise für dessen Programmplanung geben. Leider wurde im Zusammenhang mit einer Reorganisation des Verlags das durchaus aussichtsreiche Vorhaben wieder eingestellt. Seine publizistischen Wirkungen konnte das Forschungsjournal in den 1990er Jahren nicht zuletzt auch durch ganzseitige Dokumentation in der Frankfurter Rundschau erweitern.

Die publizistische Arbeit des Forschungsjournals profitiert von den mitgewachsenen Wissenschaftsnetzen nicht zuletzt über äußerst wertvolle konzeptionelle Inputs aus dem Bereich der Universitäten und Institute. Das auf der Homepage des Forschungsjournals einsehbare Register aller Hauptbeiträge gibt Auskunft über die AutorInnen, die für das Forschungsjournal

geschrieben haben. Über die Rolle von „GastherausgeberInnen“ entstanden Konzeptionen zahlreicher Themenhefte. Natürlich sind die wissenschaftlichen Kontakte für die Redaktion auch bei der Realisation von einzelnen Themenheften in Eigenregie unverzichtbar.

Neben den wissenschaftlichen Netzen sind für die Zeitschrift ihre Kontakte zu Bewegungsakteuren, zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Politik von gleichrangiger Bedeutung. Sie sind nicht nur Gegenstand zahlreicher Artikel und Analysen in der Zeitschrift, sondern es entstehen in vertrauensvollen Kontakten auch immer wieder wichtige Themen und Beitragsideen.

Bei einer deutlich steigerungsfähigen Auflage werden die Themen des Journals durch mittlerweile zahlreiche Sammelbände zu Themen wie politische Klasse, Masse-Macht-Emotionen, Paradigmen der Bewegungsforschung, Engagementpolitik, Lobbypolitik in verschiedenen Verlagen gestärkt.³

Mit den Medien des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) besteht eine enge Kooperation.

6| Plattform der Zivilgesellschaftsforschung

Das Augenmerk des Forschungsjournals gilt der ganzen Breite der zivilgesellschaftlichen Akteurskonstellationen sowie den Konfliktfeldern von Bewegungsakteuren, Verbänden und Parteien. Im interdisziplinären Austausch wird so die Gesellschaft von der weichen Seite des institutionellen Wandels beleuchtet. Bezüge zum weiteren

Feld sozialer Bewegungen werden bewusst gesucht. Im Zentrum des Programms stehen empirische wie theoretische Arbeiten vor allem aus der Bewegungsforschung, der politischen Soziologie und der Demokratietheorie. Neben dem beabsichtigten Beitrag zur sozialwissenschaftlichen Forschung ist es Ziel der Zeitschrift, den transdisziplinären Austausch zwischen Forschung und Politik, zwischen Bewegungen und Wissenschaft sowie zwischen Bewegungsaktivisten und politischer Praxis zu fördern und zu festigen.

Das Forschungsjournal hat sich den Platz zwischen Praxis und Theorie ausgesucht und sich als Beobachter und Kommentator gleichsam zwischen den Stühlen eingerichtet (zum Folgenden Klein 2003). Allmählich wurde deutlich, dass die Zeitschrift sich eine inter- und transdisziplinäre Plattformfunktion in der Zivilgesellschaftsforschung erarbeitet hat. Die Zeitschrift löste sich schon sehr bald nach ihrer Gründung von den Vorgaben der ausdifferenzierten Teil- und Bindestrichdisziplinen der Sozialwissenschaften. Mit Blick auf praxisrelevante Diskurse hat sie negativen Effekten der wissenschaftlichen Spezialisierung, die erst allmählich auch im eingefahrenen Wissenschaftsbetrieb als problematisch erkannt werden, gegenzusteuern versucht. Immer wieder spricht die Redaktion für einen Themenschwerpunkt nicht nur die Bewegungsforschung, sondern auch die Forschungen zu NGOs, Verbänden, Gewerkschaften, Kirchen und Parteien an. Sie greift dabei auf die politische Theorie, die Ökonomie, die Sozialpsychologie, die Philosophie oder die Medienwissenschaften zurück.

Die Separierung der Analyse zerschneidet die gegebenen Zusammenhänge und wirkt so auch kontraproduktiv. Dies gilt auch für das bisherige Nebeneinander von wissenschaftlichen Diskursen zu Zivilgesellschaft und Drittem Sektor, das die Zusammenhänge zwischen politischen und ökonomischen Dimensionen sozialer Bewegungen, zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Nonprofit-Bereich ausblendet. Den interdisziplinären Zugriff auf die Theorie verbindet das Forschungsjournal mit dem publizistischen Anspruch der Intervention in die politische Praxis. Wir wollen – mit den beschränkten Mitteln unserer Zeitschrift – diskurspolitisch intervenieren. Über das Kernfeld der Bewegungsforschung hinaus ist ein Einfluss des Forschungsjournals – das zeigt der Blick in die Zitationsapparate fachöffentlicher Publikationen, aber auch eine mediale Themenkonjunktur – bspw. bei Themen wie „politische Klasse“, „politische Strategie“, „Lobbyismus“, „Zivilgesellschaft“ oder „bürgerschaftliches Engagement“ durchaus erkennbar.

Das Forschungsjournal versteht sich als Plattform eines „Diskurses der Zivilgesellschaft“ und einer gesellschaftspolitischen Reformpolitik. Der Raum des Politischen erschöpft sich aus dieser Perspektive gerade nicht in staatlichem Handeln, sondern bezieht auch die nichtstaatlichen Akteure, ihre öffentlichen Artikulationen und den intermediären Raum zwischen Zivilgesellschaft, Staat und Markt ein. Entsprechend interessiert sich die Zeitschrift für das – oftmals konflikthafte – Zusammenspiel der staatlichen und staatsnahen Akteure mit sozialen Bewegungen und anderen zivilgesellschaftlichen Protagonisten, bezieht

normative Bezüge der gesellschaftspolitischen Akteure ein und richtet vor diesem Hintergrund auch den Blick auf einzelne Politikfelder, auf die Institutionen der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung und die Strukturen des öffentlichen Raums. Insgesamt wird so vor allem auch eine engagement- und demokratiepolitische Reformperspektive deutlich.

Diskurspolitische Intervention sind nicht nur angewiesen auf einen funktionsfähigen öffentlichen Raum, sondern sie sind auch angewiesen auf ein „responsives“ Handeln politischer Akteure und Institutionen, das diese Impulse aufnimmt und nachvollziehbar in politische Gestaltung übersetzt. Beide Voraussetzungen sind jedoch sehr anspruchsvoll.

Nötig ist die Bündelung inhaltlicher Zusammenhänge mit Blick auf mittelbar absehbaren politischen Gestaltungsbedarf zentraler gesellschaftspolitischer Reformfelder. Notwendig ist auch der weitere Ausbau zivilgesellschaftlicher Kommunikationsnetze. Konzepte wie das der „deliberativen“ oder der „reflexiven“ Demokratie formulieren die Ansprüche an institutionelle Öffnung. Doch bergen bloße institutionelle Ausweitungen politischer Beratungsrunden und Kommunikationsnetzwerke das Risiko einer abgeschlossener Elitenkommunikation – wenn auch unter deutlicher Ausweitung um zivilgesellschaftliche Akteure. Gesellschaftspolitische Reformen und diskurstheoretische Interventionen benötigen die Rückendeckung und die Resonanz einer ausgeweiteten Beteiligungspraxis der Bürgerinnen und Bürger.

Die spezifische funktionale Stärke des Bewegungssektors liegt in der Fähigkeit zur

öffentlichen Problemartikulation. Da soziale Bewegungen auf öffentliche Problemartikulation ausgerichtet sind, bleiben sie – von der Verwaltung der Macht enthoben – bezogen auf Wertfragen, diskursive Intervention und Expertise. Die Institutionalisierung des Bewegungssektors bietet durchaus Chancen dafür, Diskurse mit politischem Gestaltungsanspruch zu führen. Expertise und Professionalität sind hier unbestritten vorhanden. Rollenspezifikation und Organisation gehören mittlerweile zu den Kennzeichen dieses Bewegungssektors, der damit freilich immer auch in der Gefahr steht, dass sich die neuen zivilgesellschaftlichen Organisationseliten von den mobilisierungsfähigen Sektoren der Gesellschaft abkoppeln.

Insbesondere im transnationalen Kontext europäischer Protestmobilisierung, aber auch im nationalen Kontext kommt es zu einer neuen Doppellogik kollektiven Handelns: Auf der einen Seite werden in den Institutionen die institutionalisierten Akteure des Bewegungssektors zu den Promotoren einer partizipatorischen Einflussnahme. Ihr Handlungsmodus ist das deliberativ-argumentative, advokatorische Handeln. Auf der anderen Seite wird der Protest zum Handlungsmodus einer populären Streitpolitik außerhalb der Institutionen – zuweilen durchaus auch instrumentell von institutionellen Akteuren in den Dienst genommen. Expertendissens und populärer Protest bilden das ambivalente Doppelgesicht des Bewegungshandelns, das sich innerhalb wie außerhalb der Institutionen bewegt. Trotz dieser Ambivalenz erscheint Protest weiterhin als unverzichtbare Ressource für diskurspolitische Interventionen und sozialen wie politischen Wandel.

Absehbar ist ein Bedeutungsrückgang der Mobilisierung größerer Versammlungsöffentlichkeiten. Stattdessen werden mediale Performance, v.a. auch in den Social Media, werden professionelle Kampagnen und Aktionsformen an Gewicht gewinnen, die durch Inszenierung auf Medienselektion abzielen. Längst hat die Digitalisierung die Kommunikations- und Mobilisierungsbedingungen grundlegend verändert: Internet und Social Media entfalten ganz eigene Dynamiken, doch sind sie auch Quellen neuer oder gesteigerter Probleme – etwa bzgl. „Fake News“ oder „Hate Speech“ oder neuer Dimensionen von Kontrolle und Überwachung. Nicht zu übersehen sind zudem Mobilisierungskonjunkturen rechtspopulistischer und nationalistischer Akteure.

Die Analyse des gesellschaftlichen Bewegungssektors und seiner verschiedenen, auch anti-demokratischen Bewegungsfamilien wird weiterhin in der Agenda des Forschungsjournals eine wichtige Rolle einnehmen. Wir gehen dabei von der absehbaren Bedeutungssteigerung europäischer und transnationaler Mobilisierungen und Vernetzungen sowie der globalisierungskritischen Bewegungen aus, aber auch von nicht zu übersehenden rechtspopulistischen und nationalistischen Bewegungen.

Die diskurspolitische Agenda des Forschungsjournals kann zugespitzt als eine engagement- und demokratiepolitische Agenda bezeichnet werden, die das Ziel einer weitergehenden Demokratisierung repräsentativer Demokratien mit dem genauen Blick auf Infrastrukturen und Akteure der Zivilgesellschaft einerseits, auf politikfeldspezifische Diskurse und Entwicklungen andererseits verbindet.

7| Thematische Entwicklungen und Akzente im Überblick

7.1| Alte und neue soziale Bewegungen: Zur Konstitution der Bewegungsforschung

In der Gründungsphase des Forschungsjournals stand die Auseinandersetzung mit den Konzepten und Begriffen der Bewegungsforschung im Zentrum der redaktionellen Arbeit. Das Konzept der neuen sozialen Bewegungen (NSB) wurde in Abgrenzung zu den „alten“ sozialen Bewegungen, v.a. der Arbeiterbewegung, diskutiert und als Positivbestimmungen des „Neuen“ galten Elemente des neuen Bewegungstypus wie die Anerkennung von Pluralität, eine Aufwertung lebensweltlicher und kultureller Konflikte, eine rebellische Subjektivität und die Rehabilitierung des Bürgerbegriffs. Erst in den 1990er Jahren zeichnete sich klarer als Dach der thematischen Vielfalt der NSB das Leitthema einer Demokratisierung „liberaler“ Demokratien als gemeinsame übergreifende Botschaft ab. Hier setzte auch die ordnungspolitische Theoriedebatte der „Zivilgesellschaft“ an (Klein 2001: 97-265)

Mittlerweile zeigen alle empirischen Befunde eine allgemeine Akzeptanz von unkonventionellen Formen der Partizipation. Die hier anknüpfenden Fragestellungen von politischer Theorie wie auch politischer Soziologie, die ausgeweiteten Fragestellungen einer Engagement- und Demokratiepoltik, ihrer Akteure und Strukturen haben die Agenda des Forschungsjournals wesentlich mit geprägt.

7.2| Themen und Debatten

Das Bemühen um eine problemsensible redaktionelle Strategie und Themensetzung war freilich – durchaus ein Erfolg – begleitet von Kontroversen.

7.2.1| Wie wissenschaftlich ist die Bewegungsforschung?

Nicht überraschend waren etwa die in der Bewegungsforschung heftig diskutierten Vorbehalte aus der Politikwissenschaft gegenüber einer zu starken Nähe zahlreicher ihrer Protagonisten zum Untersuchungsgegenstand (Greven 1988), verbunden mit dem Zweifel an deren Wissenschaftlichkeit. Diese grundlegende Skepsis kann – bei aller Berechtigung des Hinweises auf wissenschaftliche Distanz und Standards – mittlerweile als Teil der Wissenschaftsgeschichte betrachtet werden.

Fragen der Bewegungsforschung werden im Forschungsjournal kontinuierlich aufgegriffen, vor allem in den Rubriken. Doch es widmeten sich auch zahlreiche Themenhefte ausschließlich dem Thema und seine Teilaspekten.⁴ Die Redaktion hat auch sozialpsychologische und kulturwissenschaftliche Zugänge aufgegriffen.⁵ Zur Kontinuität der Auseinandersetzung zählen auch Themenschwerpunkte zu einzelnen Themensträngen wie der Solidaritätsbewegung (Heft 3/1994), zu den Bürgerbewegungen in der DDR/Ostdeutschland (Heft 1/1992; Heft 4/1995), zur Umweltbewegung (Heft 4/1996), Schwulen- und Lesbenbewegung (Heft 4/2000), Frauenbewegung (Heft 2/2001) sowie zur Verbraucherbewegung (Heft 4/2005).

7.2.2| Rechte soziale Bewegungen und Rechtspopulismus

Ein weiterer Konflikt, der im Forschungsjournal aufgenommen und in der Folge breit diskutiert wurde, nahm seinen Ausgang von der Frage, ob denn von „rechten sozialen Bewegungen“ gesprochen werden dürfe und ob das Forschungsjournal sich diesem Thema widmen sollte. Seit den 1990er Jahren nahmen Sozialproteste, rechtsradikale und ausländerfeindliche Aktivitäten an Bedeutung zu – der Bewegungsbegriff verlor seine politische Eindeutigkeit im Sinne progressiver Politik. Auch rechte Gruppen organisieren sich zunehmend bewegungsförmig und machen dabei Anleihen bei der Praxis der Arbeiterbewegung, der APO und der NSB. Es entbrannte eine Kontroverse darüber, ob die Befassung mit den links-libertären „neuen sozialen Bewegungen“ nicht auch eine Reservation des Bewegungsbegriffs auf pro-demokratische Akteursformationen bedeuten sollte. Hatte sich doch die „Bewegungsforschung“ bis in die 1980er Jahre mit einem Vorbehalt konfrontiert gesehen, der aus der bitteren Erfahrung mit dem Nationalsozialismus den Schluss gezogen hatte, dass Bewegungen und Demokratie ein natürliches Gegensatzpaar bildeten (siehe dazu das Themenheft „Masse-Macht-Emotionen“ 3/1997 und Klein/Nullmeier 1999).

Würde, so die Sorge, eine Analyse rechter sozialer Bewegungen den Begriff der Bewegungen, dessen Nähe zur Demokratie mühsam gegen Skeptiker hatte dargestellt werden müssen, wieder antidemokratisch aufladen und damit diskursiven Terraingewinn gefährden? Im Selbstbewusstsein der analytischen Stärken der Bewegungsforschung

setzte sich gegenüber diesen Bedenken eine Haltung durch, die antidemokratische Bewegungen analysiert und zugleich die Unterscheidung zwischen unterschiedlichen Bewegungsfamilien im Lichte normativer Wertungen stärkt. Mittlerweile hat sich eine Analyse rechter sozialer Bewegungen als einer Bewegungsfamilie im gesellschaftlichen Bewegungssektor durchgesetzt. Das Forschungsjournal hat dem Thema mehrere Schwerpunkte gewidmet („Bewegungen von rechts? Analyse und Kritik“, Heft 4/1994; Hellmann 1995, „Alte Gefahr – Neue Wege. Was tun gegen Rechts?“ Heft 4/2003; „Rechtsradikale Zivilgesellschaft?“, Heft 4/2008).⁶ Eine Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus weltweit, europäisch und in Deutschland erfolgte mit Heft 2/2017.

7.2.3| Bewegungsforschung und Frauenbewegung

Im Gefolge der 1968er-Bewegung wurde deutlich, dass die „neue Frauenbewegung“ nur über eine kritische Abgrenzung die Bedeutung geschlechtsspezifischer Rollenmuster, Arbeitsteilung und Ungleichheiten thematisieren konnte. Bereits im ersten Jahrgang des Forschungsjournals formulierte Bärbel Clemens und Ulrike C. Wasmuth eine deutliche Kritik an der Bewegungsforschung: „Wer sich heute in einer gut sortierten Bibliothek einen Überblick über den Forschungsstand über die Theorien und Praxis der neuen sozialen Bewegungen – kurzum: der neue-soziale-Bewegungsforschung – verschaffen möchte, findet ein breites Spektrum vor. Die Frage der Entstehung der neuen sozialen Bewegungen, die Mitgliedschaft, die Entwicklungsformen, das Verhältnis zwischen Staat und

außerparlamentarischen Bewegungen oder der Weg zur Institution resp. Autonomie. Dabei stellt sich die Frage, ob wir wieder eine Geschichte der Männer schreiben? Mit keiner Analyse wird bislang das Verhältnis zwischen Männern und Frauen in den neuen sozialen Bewegungen erwähnt – es sei denn in Studien, die sich explizit mit der Frauenbewegung und deren innere Dynamik befassen –, es wird nicht analysiert, welche expliziten Beitrag Frauen in den einzelnen Bewegungssträngen leisten, deren eigene Symbolik bzw. die Rollenverteilung in den Basisgruppen. Warum gibt es diese Forschungslücke? Auch hier – vergleichbar mit anderen Wissenschaftszweigen – kann festgestellt werden, dass die Bewegungsforschung vornehmlich von Männern betrieben wird, deren Forschungsinteresse per definitionem nicht das Geschlechterverhältnis einschließt.“ (Heft 3/1988: 3)

Zudem wurde eine schlichte Einordnung der „neuen Frauenbewegung“ unter die „neuen sozialen Bewegungen“ in Frage gestellt: „Die neue Frauenbewegung führt jedoch unverkennbar eine alte soziale Bewegung fort. Es geht nicht an, sie als ein Spaltprodukt der Studentenbewegung oder als eine Neugründung der frühen 70er Jahre zu betrachten.“ (Clemens 1988: 7f.) – Das Forschungsjournal hat sich bemüht, die hier eingeklagte Perspektive zu verfolgen.⁷ Die Themen „Queer“ und „Transsexualität“ sind Gegenstand eines Themenhefts (Heft4/2000).

7.3| Wachsende soziale Ungleichheit: Herausforderung für die Bewegungsforschung

Mit Blick auf die zunehmende soziale Ungleichheit standen und stehen Fragen nach deren Konsequenzen für soziale Bewegungen und Protestmobilisierung des Öfteren auf der Redaktionsagenda. Führt die wachsende soziale Ungleichheit dazu, dass Protest und Engagement links-libertärer Bewegungen sich zu einem reinen Mittelschichtphänomen entwickeln, dass bürgerschaftliches Engagement sich reduziert auf ein ‚bürgerliches Engagement‘, dass der Modus des advokatorischen Handelns immer stärker paternalistische Züge annimmt? Welche Mobilisierungsstärke haben marginalisierte Gruppen? Führt die wachsende soziale Ungleichheit zu einem Rückgang der ‚postmateriellen Werte‘, die die neuen sozialen Bewegungen so stark gemacht haben? Werden dadurch andere Bewegungsakteure – etwa rechte soziale Bewegungen oder populistische Bewegungsformen – gestärkt?⁸ Auch das Engagement von MigrantInnen ist in diesem Zusammenhang ein wichtiges Thema (siehe das Flüchtlingsthema in Heft 3/2017).⁹

7.4| Zivilgesellschaft und die Demokratisierung liberaler Demokratien

Das Forschungsjournal hat sich systematisch mit dem Diskurs der Zivilgesellschaft auseinandergesetzt und dieses Thema seitdem in zahlreichen Themenheften aufgegriffen.¹⁰ Ergänzend wurden immer wieder auch Fragen der Demokratietheorie und -praxis aufgegriffen, sei es im direkten Zusammenhang mit der Zivilgesellschaftsdebatte¹¹, in Bilanzierung von demokratisie-

renden Potentialen der neuen sozialen Bewegungen¹², als politikfeldspezifische Analyse – etwa des Gesundheitssektors¹³ –, und zu Theoriefragen etwa zu local governance¹⁴, dem ‚Ende der Politik‘ oder zur ‚Postdemokratie‘.¹⁵ Die besondere Bedeutung, die in Demokratien Öffentlichkeit und Medien einnehmen, wird in einer ganzen Reihe weiterer Themenhefte vor allem empirisch-analytisch mit Blick auf Gelegenheitsstrukturen und Kontextbedingungen von sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren aufgegriffen.¹⁶ Aufgegriffen haben wir auch das Thema der Partizipation bei Fragen der Technikentwicklung (Heft 4/2014).

7.5| Wirtschaft und Zivilgesellschaft

Immer wieder hat das Forschungsjournal auch das Verhältnis von Wirtschaft und Zivilgesellschaft erörtert, etwa mit Themenheften zur „Alternativökonomie“, „Drittem Sektor“ oder in einem umfangreichen Themenheft 3/2016 „Kapitalismus und Zivilgesellschaft“ mit den Gast-Herausgebern Jürgen Kocka und Frank Adloff.

Über das 20. Jahrhundert finden sich zunächst eher dichotome Gegenüberstellungen von Wirtschaft und Zivilgesellschaft (etwa bei Gramsci, Habermas oder Putnam). Heute gehen wir von dem ambivalenten Befund aus, dass Märkte einerseits zivilisierende Wirkungen entfalten können und sie andererseits zivilgesellschaftlich eingehegt bleiben müssen. Theoretisch einflussreich ist hierbei die Vorstellung, dass moderne Gesellschaften funktional differenziert sind, dass es also Wert- und Handlungssphären gibt, die eine je eigene

Handlungslogik ausbilden (Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Religion etc., und eben auch die Zivilgesellschaft).

So beruht – aus dieser Sicht – wirtschaftliches Handeln in kapitalistischen Marktwirtschaften auf Kaufentscheidungen unter Rentabilitäts Gesichtspunkten und profitorientiertem Tausch, staatliches oder politisches Handeln auf Machtausübung mit Blick auf kollektiv bindende Entscheidungen und zivilgesellschaftliches Handeln auf dem Prinzip der gesellschaftlichen Selbstorganisation und freiwilligen Vereinigung. Häufig werden weitere Attribute zivilgesellschaftlichen Handelns angeführt: Gemeinwohlorientierung, Zivilität, Verständigungsorientierung, Gemeinsinn.

Dies mündet in das bekannte Sektormodell von Zivilgesellschaft: Vereine, Verbände und andere Formen der Assoziation und freiwilligen Selbstorganisation gelten als institutioneller Kern der Zivilgesellschaft. Dem entsprechend richtete sich das Forschungsinteresse der letzten 20 Jahre denn auch auf die Vermessung dieses Sektors: Quoten freiwilligen Engagements verschiedener Bevölkerungsgruppen, deren Sozialkapital sowie die Finanzierung dieses Bereichs über staatliche Gelder, Spenden, Stiftungen etc. standen im Vordergrund. Diese Begrenzung der Zivilgesellschaft auf einen wohldefinierten Raum ist jedoch aus verschiedenen Gründen nicht befriedigend und kann nicht das letzte Wort sein.

Erstens kommen auf diese Weise zivilgesellschaftliche Handlungsweisen außerhalb des Sektors der Zivilgesellschaft – etwa im Bereich der Wirtschaft selbst – nicht in den Blick: „Civic action“ verläuft teilweise quer

zu den Vorstellungen klar umrissener Sektoren. So kann es innerhalb der Wirtschaft zivile Praktiken geben und innerhalb von Nonprofit-Organisationen nicht zivile Praktiken. Das Sektormodell setzt somit die normative Dignität ziviler oder zivilgesellschaftlicher Praktiken mit der empirischen Realität eines Nonprofit- oder zivilgesellschaftlichen Sektors gleich und stilisiert Zivilgesellschaft dann schnell zum Hort des Gemeinsinns und -wohls.

Übersehen werden damit erstens die längst bestehenden Formen der wechselseitigen Durchdringung von Wirtschaft und Zivilgesellschaft durch die Handlungslogik des jeweils anderen Sektors. Allenfalls werden Effekte einer „Kolonialisierung“ zivilgesellschaftlicher Handlungsfelder und Tätigkeitsformen wahrgenommen: In der Zivilgesellschaft etwa steht eine wachsende „Monetarisierung“ des freiwilligen unentgeltlichen Engagements in der Kritik oder eine mangelnde Trennschärfe bei den Übergängen von Engagement zu Erwerbsarbeit.

Zweitens wird in den meisten Untersuchungen, die der Idee der Sektortrennung folgen, das wirtschaftliche Handeln zivilgesellschaftlicher Organisationen (Stichworte: Genossenschaften, Dritter Sektor, alternative Ökonomie, *économie solidaire*) ausgeblendet. In der US-amerikanischen Forschung zum Nonprofit-Sektor, die auch in Deutschland einflussreich ist, wurden bspw. Genossenschaften und Unternehmen der sozialen und solidarischen Ökonomie dezidiert nicht mit aufgenommen, was auch dazu führte, sie aus dem Konzept der Zivilgesellschaft zu exkludieren. Die französische Tradition betont demgegenüber viel stärker die Differenz zwischen der privaten

Aneignung von Profiten und einer gemeinschaftlichen und demokratischen Aneignung von Gewinnen als den Unterschied zwischen Forprofit- und Nonprofit-Aktivitäten.

Damit geht drittens ein problematisches Verständnis von Wirtschaft einher. Die Ökonomie wird als autonom konzeptionalisiert, entweder in der ökonomischen Theorie als geleitet von individuellen Nutzen- und Effizienzkalkülen oder in der Soziologie als selbstreferentielles gesellschaftliches Funktionssystem, das nur der Rentabilitätslogik folgt. Jedoch ist Ökonomie nicht identisch mit Marktprozessen und nicht identisch mit Kapitalismus: Die Ökonomie beruht ebenfalls auf Reproduktionsprozessen, also unbezahlter Haushalts- und Erziehungsarbeit, und ist zudem in der Allokation von Gütern auf Prozesse von Redistribution und Reziprozität angewiesen. Der Markt ist ferner nicht selbstregulierend: Er bedarf der staatlichen Regulierung und der Einbettung in zivilgesellschaftliche Normen. Schließlich ist eine ökonomische Unternehmung nicht notwendigerweise identisch mit einem kapitalistischen Unternehmen, was offenkundig wird, wenn man an Genossenschaften, Kommunen, Nonprofit-Unternehmen bzw. Commons oder andere gemeinschaftliche Eigentumsformen denkt.

Viertens ergeben sich gewisse theoretisch wichtige und praktisch relevante Forschungsfragen erst, wenn man nach dem Verhältnis von (kapitalistischer) Wirtschaft und Zivilgesellschaft fragt. Dabei müssen die Konfliktlinien und Auseinandersetzungen zwischen kapitalistischen Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Akteuren

um die konkreten institutionellen Zuschnitte der funktionalen Differenzierung genauer betrachtet und nach den realen Spannungen zwischen Markt, Unternehmen und Zivilgesellschaft gefragt werden. Die sozialpolitische Debatte zu den Entwicklungshorizonten eines „Welfare Mix“, in dem sich der Wohlfahrtsstaat zur Gesellschaft hin bei seiner Leistungserbringung im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge öffnet, hebt etwa die möglichen Leistungen von Wirtschaftsakteuren im Ressourcenmix einer „Wohlfahrtsgesellschaft“ hervor. Grundlage einer solchen Koproduktion ist aus der Perspektive des bürgerschaftlichen Engagements allerdings deren Kontextualisierung im Themenkreis der öffentlichen Güter.

In diesem Zusammenhang sollten auch Affinitäten zwischen Kapitalismus und Zivilgesellschaft erkundet werden: Inwiefern ermöglichen oder stärken sie sich wechselseitig? Unter welchen Bedingungen ja, unter welchen nein? Schließlich legt das vielfach geäußerte Bedürfnis nach stärkerer Einbettung des Kapitalismus (besonders seit der Krise von 2008) die Frage nahe, welchen Beitrag zivilgesellschaftliche Praktiken dazu leisten können. Mehrere Forschungsdesiderate und -perspektiven ergeben sich an diesen Vermittlungsstellen und Übergängen verschiedener Handlungslogiken.

7.6 | Globalisierungskritische Bewegungen

Einen weiteren Akzent setzte die Redaktion in Folge einer wachsenden Bedeutung transnationaler Bewegungsmobilisierung auf die Analyse globalisierungskritischer Bewegungen wie auch der Rolle der Nichtregierungs-Organisationen (NGOs).¹⁷ Im

Verhältnis der NGOs zu den neuen sozialen Bewegungen können drei Entwicklungsphasen unterschieden werden:¹⁸ In einer ersten Phase, die die 1970er und 1980er Jahre umfasst, übernehmen NGOs zum Teil die Funktion von Bewegungsorganisationen. Für das Verständnis grenzüberschreitender Problemzusammenhänge und den Ausbau transnationaler Aktionsnetzwerke spielen die NGOs in dieser Phase eine zentrale Rolle im Bewegungssektor. Eine zweite Phase im Verhältnis von NGOs und sozialen Bewegungen beginnt mit dem Schlüsseljahr 1989 und dem damit verbundenen Wandel der Kontextbedingungen für NGOs und soziale Bewegungen. NGOs profitieren vom Bedeutungszuwachs der transnationalen Politik nach dem Ende der Blockkonfrontation. Sie verfügen über transnationale Strukturen und Vernetzungen und nutzen selbstverständlich auch die Möglichkeiten der neuen Kommunikationsmedien, um transnationale Solidarität und Vernetzung zu erzeugen. Protest und Kampagnen sind ihr „Standbein“, die Lobby-Arbeit ihr „Spielbein“.

Thematisch orientierte Netzwerke auf internationaler und regionaler Ebene, transnational vernetzte NGOs auf nationaler Ebene und sich horizontal vernetzende Basisbewegungen bilden im Zusammenspiel ein beträchtliches Gegengewicht zum mangelnden Basisbezug und zur hierarchischen Struktur von Lobby-Organisationen. Es ist den NGOs gelungen, gegenüber Staat und Wirtschaft die öffentliche Themensetzung bei der Kritik der Globalisierungsfolgen mitbestimmen zu können. Sie machen so Defizite der öffentlichen Debatte deutlich, verleihen durch Mobilisierung ihren The-

men Aufmerksamkeit und zwingen die abgeschottete Elitenkommunikation zu Reaktionen.

Die Teilnahme der NGOs in der Lobby und am Verhandlungstisch internationaler Gipfeltreffen und Konferenzen war von Anfang an eng verknüpft mit Protestmobilisierungen, sei es in Paris (1982), London (1984), Bonn (1985), Venedig (1987) oder Berlin (1988). Doch erst mit den Mobilisierungen von Seattle anlässlich einer Konferenz der WTO im Jahre 1999, die als „Battle of Seattle“ internationale Aufmerksamkeit erlangte, und mit den Mobilisierungen von Genua im Jahre 2001 rückte die globalisierungskritische Bewegung in den Fokus des (Walk/Boehme 2002). Hierzulande ist seitdem vor allem die globalisierungskritische Bewegung Attac in den Vordergrund getreten.

Mit den Auftreten der globalisierungskritischen Bewegung wird eine dritte Phase im Verhältnis von NGOs und sozialen Bewegungen eingeleitet. Angesichts der dynamischen Globalisierungsprozesse ist mit einer anhaltenden Bedeutung globalisierungskritischer Bewegungen wie auch von rechtspopulistischen und nationalistischen Bewegungen zu rechnen, aber auch mit einer international deutlich verbesserten Aufstellung der Bewegungsforschung.

7.7| Menschenrechte

Das Forschungsjournal hat die Bedeutung der Menschenrechte als gemeinsamen universalen Horizont der internationalen Zivilgesellschaft durch zwei Themenhefte und auch darüber hinaus immer wieder

aufgegriffen. In diesem Zusammenhang hat die Zeitschrift auch einen umfangreichen Sonderschwerpunkt zum Lebenswerk von Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer publiziert, der mit seinen für Westdeutschland historischen Prozessen den Umgang des Rechtsstaates und die Bedeutung der Menschenrechte im Umgang mit den Verbrechen des Naziregimes hervorgehoben und unser modernes Verständnis der Menschenrechte wesentlich mit geprägt hat. Der Sonderschwerpunkt begleitet das Themenheft zur Menschenrechtspolitik (Heft 4/2015), das die Redaktion mit Gastherausgeber Wolfgang Kaleck erstellt hat, dem Geschäftsführer des „European Center for Constitutional and Human Rights“ in Berlin, der als Ankläger beim Internationalen Stragerichtshof in den Haag wirkt und in Deutschland als Anwalt von Edward Snowden fungiert.

7.8| Die Bedeutung Europas

Der osteuropäische Transformationsprozess hat nicht nur die Rolle von Bürgerbewegungen und die Funktion von Zivilgesellschaften im Transformationsprozess in den Vordergrund des Interesses des Forschungsjournals gerückt¹⁹, sondern auch die Bedeutung des europäischen Integrationsprozesses insgesamt: Kann die Stärkung einer europäischen Zivilgesellschaft positive Auswirkungen auf den Globalisierungsprozess haben. Wie ist die europäische Zivilgesellschaft verfasst, wie vernetzt? Das Forschungsjournal hat europäischen Themen kontinuierlich eine große Aufmerksamkeit geschenkt. Dabei entstanden Themenhefte, die sich mit den Folgen der dominanten Marktorientierung der EU für die

neuen sozialen Bewegungen, mit der Bedeutung regionalistischer Bewegungen, mit der Demokratieschwäche der EU und mit den Lobbystrukturen zivilgesellschaftlicher Akteure in der EU auseinandersetzen.²⁰

7.9| Das breite Spektrum der politischen Soziologie

Die Forschungen zu sozialen Bewegungen haben mit Konzepten wie dem der „politischen Gelegenheitsstrukturen“ oder auch in den Diskussionen über die Institutionalisierung sozialer Bewegungen immer schon die ganze Breite der Fragestellungen der politischen Soziologie vorausgesetzt. Dieses Interesse wird von der Redaktion des Forschungsjournals geteilt. Es entstanden zahlreiche Themenhefte zu einzelnen Akteurstypen. Es wurde auch der Redaktion immer deutlicher, dass die redaktionelle Perspektive im Sinne der Zivilgesellschaftsforschung der ganzen Breite politischer und zivilgesellschaftlicher Akteure und ihrem Zusammenspiel in der Demokratie gilt.

Eine dominante Rolle nimmt dabei die Auseinandersetzung mit der Parteienforschung ein.²¹ Auch den Gewerkschaften widmete die Zeitschrift zwei Themenhefte.²² Weitere Themenhefte widmeten sich den NGOs, Nonprofit-Organisationen, Verbänden, Vereinen und auch den Kirchen, *aber auch den rechten sozialen Bewegungen und dem Rechtspopulismus*.²³ Das Spektrum der Themenhefte beinhaltet auch eine Auseinandersetzung mit der Wahlforschung, der Macht der Bürokratie, der Bedeutung von Expertise/Gegenexpertise und Politikberatung und der Bedeutung von Mediationsverfahren bei Konflikten.²⁴ Mit den Themen „Lobbyismus“ und

„politische Strategie“, aber auch „Menschenrechte“ hat das Forschungsjournal weitergehende Diskursimpulse setzen können.²⁵

Immer wieder reflektiert das Forschungsjournal mit Themenheften oder Sonder Schwerpunkten Fragen der politischen Strategie. Hier arbeiteten die Herausgeber, bis 2017 vertreten durch Thomas Leif, eng mit Prof. Dr. Joachim Raschke, Prof. Dr. Helmuth Wiesenthal und PD Dr. Ralf Tils zusammen.

7.10| Der reformpolitische Diskurs

Das Forschungsjournal setzt als eine dem Anspruch nach „politisch-wissenschaftliche“ Zeitschrift im Kontext reformpolitischer Diskussionen eigene Akzente. Durchaus vorhandene Sympathien mit einem „rot-grünen Projekt“ in der Redaktion führten zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der rot-grünen Bundesregierung.

Durchgehend zielte die Zeitschrift auf einen engagement- und demokratiepolitischen Fokus bei der Kommentierung reformpolitischer Prozesse und Inhalte. In diesem Zusammenhang wurde und wird auch die Entwicklung des Sozialstaats kontrovers diskutiert – zum einen in den Folge zunehmender Ungleichheit für politischen Protest und soziale Mobilisierung, zum anderen aber auch in den Chancen, die in einer Entwicklung vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft liegen.²⁶

8| Ausblick

Die Bewegungsforschung hat sich – anders als die Frauenforschung – in Deutschland kaum wirklich institutionalisieren können.

Im WZB, das sich – ein Verdienst insbesondere von Dieter Rucht – für viele Jahre als *das* deutsche Zentrum der Bewegungsforschung mit exzellenten internationalen Vernetzungen hatte etablieren können, ist das Thema eine ganze Zeit lang in den Hintergrund getreten, erlangt aber neuerdings im Kontext des neuen „Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung“ neue Geltung in integriertem Kontext. Lehrstühle an Universitäten und Fachhochschulen mit ausgewiesener Denomination für die Bewegungsforschung oder die Zivilgesellschaftsforschung sind immer noch die Ausnahme. Mitglieder der Redaktion des Forschungsjournals haben sich vor diesem Hintergrund an der Gründung des Berliner Instituts für Protest- und Bewegungsforschung beteiligt. Ebenfalls erfolgte eine Mitwirkung der Herausgeber an einer Expertise zu den Bedarfen der Zivilgesellschaftsforschung (Klein/Priller/Strachwitz 2014) und bzgl. einer neuen Förderlinie von „Citizen Sciences“ (Speth/Klein/Burwitz 2017).

Vor diesem Hintergrund stellt das Forschungsjournal in der deutschsprachigen Landschaft nach wie vor die einzige Zeitschrift mit einem dezidierten Bewegungsschwerpunkt dar. International – auch im europäischen Ausland – hat sich die Bewegungsforschung deutlich stärker auch wissenschaftlich institutionalisieren können. Insbesondere ist hier auf die internationale Fachzeitschrift *Mobilization* hinzuweisen (<http://www.mobilization.sdsu.edu/>).

Die Einbindung in die internationale Diskussion und Forschung, aber auch eine Reihe weiterer Faktoren führten schließlich dazu, dass die Fokussierung auf die „neuen sozialen Bewegungen“ aufgegeben wurde

und eine bis heute anhaltende Konzentration auf spezifische Fragen unterhalb oder im Rahmen allgemeiner Theorien sozialer Bewegungen erfolgt ist (Roth/Rucht 1988).

Im Zuge dieser Entwicklungen wurden ursprüngliche Fixierungen auf paradigmatische Linien gelockert sowie wechselseitige Wahrnehmungen und Einflüsse verstärkt. Unter dem Eindruck der internationalen, insbesondere auch der US-amerikanischen Diskussion, sind, so Roland Roth²⁷, die analytischen Instrumente der Bewegungsforschung im Hinblick auf formale Merkmale sozialer Bewegungen geschärft worden, so dass sich im Ausland wie in Deutschland eine zunehmende semantische Konvergenz abzeichnet. Demnach werden der Anspruch gesamtgesellschaftlicher Veränderung, der Netzwerkcharakter, die kollektive Identität und Protesthandlungen als konstitutive Merkmale sozialer Bewegungen betrachtet. Zudem wurde insgesamt der Rahmen der Zivilgesellschaftsforschung bei einer deutlichen Akzentuierung der politischen Soziologie der Zivilgesellschaft gewählt.

Eine paradoxe Wirkung des Wissenschaftsbetriebs bereitet der Redaktion Sorgen: Durch die Vergabe von Punkten für wissenschaftliche Publikationen in Zeitschriften

mit Gutachtersystem und v.a. in internationalen Zeitschriften wird es für jungen WissenschaftlerInnen mit Blick auf einflussreiche Ranking-Systeme zunehmend unattraktiver, in anderen Zeitschriften zu publizieren. Beiträge im Forschungsjournal „zählen“ im Karrierekontext des Wissenschaftsbetriebs nur in einer zu vernachlässigenden Weise. Einmal mehr wird hier deutlich, dass der Ort zwischen Wissenschaft und Praxis in der Wissenschaft selber (in Forschung und Lehre) ein schwieriger ist. Erfreulicherweise gibt es jedoch weiterhin auch zahlreiche junge AutorInnen, die sich jenseits der strukturell angelegten Zwänge des Wissenschaftsbetriebs am Forschungsjournal beteiligen und dessen publizistische Agenda mittragen.

Die vom Forschungsjournal systematisch verfolgte Perspektive einer wissenschaftlichen Begleitung von sozialen Bewegungen und anderer Akteure der Zivilgesellschaft und einer Stärkung von Engagement- und Demokratiepölitik über die hier anknüpfenden theoretischen wie politisch-soziologischen Diskussion scheint aktueller denn je. Insofern ist die hier vorgelegte Zwischenbilanz zugleich der Ausgangspunkt einer fortzuschreibenden Agenda.

Anmerkungen

1 Die Zitate aus Heften des Forschungsjournals weisen auf die nachfolgend abgedruckte Liste aller seit 1988 erschienenen Hefte des Forschungsjournals. Siehe auch die Homepage des Forschungsjournals: <http://www.forschungsjournal.de/>

2 Zum Förderverein siehe: <http://forschungsjournal.de/foerderverein>

3 Siehe auch die Buchreihe ‚Bürgergesellschaft und Demokratie‘ seit 2003 im VS-Verlag.

4 ‚Symbolik und Habitus in Neuen Sozialen Bewegungen‘ (Heft 1/1988); ‚Neue Soziale Bewegungen

und soziale Kontrolle‘ (Heft 2/1988); ‚Geschlechterverhältnis in Neuen Sozialen Bewegungen‘ (Heft 3/1988); ‚Institutionalisierungstendenzen der Neuen Sozialen Bewegungen‘ (Heft 2/1989); ‚Großstadt und neue soziale Bewegungen‘ (Heft 3/1990); ‚Bewegung, Gegenbewegung und Staat‘ (Heft 2/1991); ‚Power in der Provinz - Ländlicher Raum und neue soziale Bewegungen‘ (Heft 4/1991); ‚Von der DDR zu den FNL. Soziale Bewegungen vor und nach der Wende‘ (Heft 1/1992); ‚Perspektiven der Bewegungsforschung. Fragestellungen – Anregungen – Kritiken‘ (Heft 2/1992); ‚Soziale Bewegungen und soziologische Theorie‘ (Heft 2/1994); ‚Protest und Gewalt. Paradigmen auf dem Prüfstand‘ (Heft

4/1998); ‚Bewegungs-Delphie 2000. Protest und Bewegung im 21. Jahrhundert‘ (Heft 1/2000); ‚Immer in Bewegung – Nie am Ziel. Was bewirken soziale Bewegungen‘ (Heft 1/2006).

5 In diesem Zusammenhang zu nennen sind ‚Soziale Bewegungen und kollektive Identität‘ (Heft 1/1995) und ‚Subkultur und Subversion‘ (Heft 2/1995) und ‚Popmoderne und Protest. Musik zwischen Subversion und Aneignung‘ (Heft 3/2006).

6 Die Analyse fundamentalistischer und religiöser Bewegungen mit den Instrumenten der Bewegungsforschung ist mittlerweile selbstverständlich geworden (zur Bedeutung von Religion in sozialen Bewegungen siehe Heft 4/2004; Willems 2004). Aus redaktioneller Sicht sind hier wichtige Desiderate wie auch Zukunftsaufgaben der Heftplanung festzustellen.

7 Siehe dazu auch die Themenhefte ‚Geschlechterverhältnis in Neuen Sozialen Bewegungen‘ (Heft 4/1988) und ‚Geschlechtsblinder Diskurs? Bewegungsforschung und Frauenbewegung im internationalen Vergleich‘ (Heft 2/2001).

8 Dazu die Hefte ‚Strukturwandel und neue soziale Milieus‘ (Heft 3/1990), ‚Marginalität und Mobilisierung‘ (Heft 2/1997) und ‚Barfuß oder Lackschuh? Soziale Ungleichheit und Protest‘ (Heft 1/2007).

9 Siehe dazu das Themenheft ‚Migration kontrovers. Integrationspolitik im europäischen Vergleich‘ (Heft 1/2001).

10 Schwerpunkte waren dabei die Diskussionen über den Dritten Sektor der Nonprofit-Organisationen (‚Zwischen Markt und Staat‘, Heft 4/1992), die Diskussionen der politischen Theorie (‚Kommunitarismus und praktische Politik‘ Heft 3/1995 und Heft ‚Konturen der Zivilgesellschaft. Zur Profilierung eines Begriffs, 2/2003), die Rolle der Zivilgesellschaft in Transformationsprozessen (Heft 1/1997 ‚Zivilgesellschaft im Transformationsprozess‘), die politische Soziologie von Vereinen (‚Zwischen Meier und Verein. Modernisierungspotentiale im Ehrenamt‘, Heft 1/2004) wie auch des bürgerschaftlichen Engagements (‚In Amt und Ehren? Zukunft bürgerschaftlichen Engagements‘, Heft 2/2000) und der Diskussionsstand einer sich entwickelnden Engagementpolitik (‚Bürgergesellschaft – Wunsch und Wirklichkeit‘, Heft 2/2007).

11 Siehe das Themenheft ‚Zivilgesellschaft und Demokratie‘ (Heft 1/1994), sowie Zukunft für die Menschenrechte‘ (Heft 1/1999).

12 Siehe das Sonderheft anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Forschungsjournal ‚Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven‘ (Heft 1/1998).

13 Dazu das Themenheft ‚Partizipation und Mitgestaltung. Wege aus der Intensivstation Gesundheitswesen‘ (Heft 3/2002).

14 Dazu das Themenheft ‚Local Power. Mehr Bürgerengagement durch Governance?‘ (Heft 3/2005).

15 Dazu die Hefte ‚Das Ende der Politik. Krisentendenzen und Reformpotentiale‘ (Heft 3/1998) und ‚Postdemokratie. Ein neuer Diskurs?‘ (Heft 4/2005).

16 Dazu die Themenhefte ‚Medien und Neue Soziale Bewegungen‘ (Heft 1/1989), ‚Soziale Bewegungen und Medien‘ (Heft 1/1996), ‚Politische Kommunikation in Deutschland‘ (Heft 3/2000), ‚Wissen ist Macht. Wer bestimmt die Weltinformationsgesellschaft?‘ (Heft 2/2004), ‚Neue Bewegungen im Internet?‘ (Heft 2/2006) und ‚Kampagnen: Inszenierte Öffentlichkeit als Instrument politischer Kommunikation‘ (Heft 3/2007).

17 Es entstanden vor diesem Hintergrund Themenhefte wie ‚Soziale Bewegungen und Nicht-Regierungsorganisationen‘ (Heft 2/1996) und ‚Transnationale Aktionsnetzwerke. Chancen für eine neue Protestkultur?‘ (Heft 1/2002).

18 Zum folgenden siehe Klein/Walk/Brunnengräber 2005.

19 Siehe die Hefte ‚Soziale Bewegungen und politischer Wandel im Osten‘ (Heft 2/1990), ‚Von der DDR zu den FNL. Soziale Bewegungen vor und nach der Wende‘ (Heft 1/1992), ‚Osteuropa in der Krise. Bewegungen ohne Einfluss‘ (Heft 2/1993), ‚Das Erbe der Bürgerbewegungen‘ (Heft 4/1995) und ‚Zivilgesellschaften im Transformationsprozess‘ (Heft 1/1997).

20 Siehe die Hefte ‚Europa im Umbruch. Neue Soziale Bewegungen im Schatten des europäischen Binnenmarktes‘ (Heft 1/1993), ‚Gespaltene Europa. Regionen und Nationen in Bewegung‘ (Heft 2/1999), ‚Der EU-Koloss – demokratiefreie Zone?‘ (Heft 4/2001), ‚Zivilgesellschaft in Brüssel – Mehr als ein demokratisches Feigenblatt?‘ (Heft 2/2008).

21 Siehe ‚Parteien und Neue Soziale Bewegungen‘ (Heft 4/1988), ‚Parteienmodernisierung: Der gepflegte Reformstau‘ (Heft 3/2001) und ‚Wandel der Parteiendemokratie – Macht ohne Substanz?‘ (Heft 4/2007).

22 Siehe die Hefte ‚Gewerkschaften zwischen Morgen und Grauen‘ (Heft 3/1992) und ‚„Ohne sie zieht die Zeit“ Gewerkschaften in der Sackgasse?‘ (Heft 2/2002).

23 Siehe die Hefte ‚Alternativökonomie: Zwischen Traum und Trauma‘ (Heft 2/1989), ‚Triumph der Verbände - Bewegungen zwischen Gesellschaft und Staat‘ (Heft 3/1991), ‚Zwischen Markt und Staat. Dritter Sektor und Neue Soziale Bewegungen‘ (Heft 4/1992), ‚Die herausgeforderten Kirchen. Religiosität in Bewegung‘ (Doppelheft 3-4/1993), ‚Soziale Bewegungen und Nicht-Regierungsorganisationen‘ (Heft 2/1996) und ‚Zwischen Meier und Verein. Modernisierungspotentiale im Ehrenamt‘ (Heft 1/2004).

24 Siehe die Hefte ‚Gegenexperten in der Risikogesellschaft‘ (Heft 1/1990), ‚Mediation. Konfliktregulierung durch Bürgerbeteiligung‘ (Heft 4/1997), ‚Ratlose Politiker – Hilflöse Berater. Politikberatung in Deutschland‘ (Heft 3/1999), ‚Bundestagswahl 2002. Analyse eines Zufalls‘ (Heft 1/2003) und ‚Macht der Bürokratie – Ohnmacht der Politik. Regiert die Ministerialbürokratie das Land?‘ (Heft 3/2004).

25 Siehe die Hefte ‚Lobbyismus in Deutschland - Fünfte Gewalt: unkontrolliert und einflussreich?‘ (Heft 3/2003), ‚Strategisches Niemandsland. Vom

Dilemma der Strategiebildung in der Politik' (Heft 2/2005) und ‚Strategie in der Politik - Anatomie einer Überforderung' (Heft 1/2008).

26 Siehe dazu die Hefte ‚40 Jahre Soziale Bewegungen. Von der verordneten zur erstrittenen Demokratie' (Sonderheft 1989); ‚Zukunft der Reformpolitik. Die politische Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels bei SPD und den Grünen' (Heft 1/1991), ‚Vom Sozialstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft' (Heft 2/1998), ‚Mission impossible. Ein Jahr Rot-Grün' (Heft 4/1999) sowie ‚Bürgergesellschaft: Wunsch und Wirklichkeit' (Heft 2/2007).

27 Dieser Absatz lehnt sich wie einige weitere Absätze des Beitrags eng an ein Manuskript von Roland Roth an, das für Heft 4/2008 des Forschungs-journals in Vorbereitung ist.

Literatur

Clemens, Bärbel 1988: Die Frauenbewegung, das Geschlechterverhältnis und die Theorien zu „Neuen soziale Bewegungen“. In: FJNSB, Jg.1, Heft 4: 5-15.

Greven, Michael Th. 1988: Zur Kritik der Bewegungswissenschaft. In: FJ NSB, Jg.1, Heft 4, 51-60.

Hellmann, Kai-Uwe 1995: Rechtsextremismus. In: FJ NSB, Jg. 8, Heft 2, 117- 118.

Klein, Ansgar 2001: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgerungen, Opladen.

Klein, Ansgar 2003: Diskurspolitischer Interventionismus. Zum Selbstverständnis und Anspruch des Forschungs-journals Neue Soziale Bewegungen. In: FJNSB, Jg. 16, Heft 2, 24-28; siehe auch die Homepage des Forschungs-journals unter <http://www.forschungsjournal.de/ueber-uns>

Klein, Ansgar/Nullmeier, Frank (Hg.) 1999: Masse-Macht-Emotionen, Opladen-Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Klein, Ansgar/Walk, Heike/Brunnengräber, Achim 2005: Mobile Herausforderer und alternative Eliten. NGOs als Hoffnungsträger einer

demokratischen Globalisierung? In: Achim Brunnengräber/Ansgar Klein/Heike Walk (Hg.): NGOs im Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen, Bonn und Wiesbaden: Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 400 und VS-Verlag, 10-77.

Klein, Ansgar/Priller, Eckhard/Strachwitz, Rupert 2014: Wir brauchen ein Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Ein Dossier, Opusculum Nr. 75, August 2014, Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin.

Mester, Gerhard 2008: Das kann nur besser werden! Karikaturen, Oberursel: Publik Forum Verlagsgesellschaft.

Roose, Jochen 2008: Handbuch, Lehrbuch, Kompendium – Drei resümierende Blicke auf Bewegungsforschung(literatur). In: FJ NSB, Jg. 21, Heft 3, 259-306.

Rudolf Speth/ Ansgar Klein/Martin Burwitz 2017: Partizipationsverfahren im Rahmen des Agenda-Settings in der Forschungs- und Innovationspolitik. Arbeitspapier Nr. 2, BBE online-Reihe: Berlin

Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.) 2008: Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/M./New York: Campus.

Walk, Heike/Boehme, Nehle (Hg.) 2002: Globaler Widerstand. Internationale Netzwerke auf der Suche nach Alternativen im globalen Kapitalismus. Verlag Westfälisches Dampfboot. Münster 2002.

Willems, Ulrich 2004: Religion und soziale Bewegungen - Dimensionen eines Forschungsfeldes. In: FJ NSB, Jg. 17, Heft 4, 28-41.

Zimmer, Annette E./Simsa, Ruth 2014: Quo vadis? In: Dies (Hg.): Forschung zu Zivilgesellschaft, NPOs und Engagement, Wiesbaden, 11-37.